

Wiederholung der Geschichte? 1938 Évian – 2019 Europa

Im Jahr 1938 waren die Nazis in Deutschland bereits fünf Jahre an der Macht. Seit Beginn ihrer Herrschaft wurden Jüdinnen und Juden kontinuierlich diskriminiert, durch Gesetze ihrer ökonomischen und sozialen Lebensgrundlagen zunehmend beraubt, unter Druck gesetzt und bedroht. Ihre Verfolgung wurde auch international immer offensichtlicher.

In der Konferenz von Évian war von 32 nur ein einziger Teilnehmerstaat dazu bereit, zusätzliche jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die Dominikanische Republik sagte zu, 10.000 Jüdinnen und Juden in ihr Land zu lassen. Tatsächlich emigrierten dann nur etwa 3000 dorthin. Alle anderen Staaten lehnten die Erleichterung der Aufnahmebedingungen ab, manche stellten sich großzügig als Transitland zur Verfügung.

Man weiß nicht, wie viele Menschen den folgenden Holocaust überlebt hätten, wenn alle Teilnehmerländer ihre Einreisebestimmungen liberalisiert hätten. Zumindest in den außereuropäischen Staaten wie Neuseeland, Australien, USA, Kanada, und den mittel- und südamerikanischen Staaten wären die Juden vor dem Zugriff durch die Nazis sicher gewesen.

Die Flüchtlingskonferenz von Évian 1938

Als 1933 die nationalsozialistische Herrschaft begann, flüchteten aufgrund der Verfolgung viele Jüdinnen und Juden aus Deutschland. 1938 wurde die Zahl so hoch, dass es einer internationalen Vereinbarung bedurfte, die immer unerträglicher werdenden Situation in den Griff zu kriegen.

Bis auf wenige Ausnahmen hatten die Regierungen in aller Welt ihre in den 20er und Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts bestehenden Einwanderungsbestimmungen verschärft. Dafür gab es 3 wesentliche Gründe:

- die Weltwirtschaftskrise mit der Folge weltweiter Arbeitslosigkeit
- die Bewertung von Einwanderung als zusätzliche Last und
- der auch in demokratischen Ländern grassierende Antisemitismus.

Im März 1938 schien es eine Wende dieser Flüchtlingspolitik zu geben. Im Auftrag des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt lud der amerikanische Außenminister 9 nord- und westeuropäische und 19 lateinamerikanische Regierungen sowie 4 britische Dominions zu einer Flüchtlingskonferenz ein. Ziel war die Errichtung eines „Intergovernmental Committee“, das die Auswanderung aus Deutschland und Österreich erleichtern sollte. Dies weckte neue Hoffnungen auf Zuflucht bei den Verfolgten.

Allerdings wurde schon in der Einladung zugesichert, dass die Verhandlungen zwar von den Beauftragten der Regierungen geführt, die Finanzierung der Auswanderung aber ausschließlich von privaten Organisationen in den jeweiligen Ländern übernommen werden sollte. Außerdem werde nicht erwartet, dass eine größere Zahl von Einwanderern aufgenommen würde, als nach den „derzeit gültigen Gesetzen“ vorgesehen sei.

Wegen noch nicht abgeschlossener Vorbereitungen wurde der Beginn der Konferenz, die nicht wie ursprünglich vorgesehen in

Genf, sondern im französischen Badeort Évian am Genfer See stattfinden sollte, von Mitte Juni auf den 6. Juli verschoben. Das nützten die wichtigsten Einwanderungsländer dazu, ihre Einwanderungsbestimmungen so zu verschärfen, dass bei Konferenzbeginn „die derzeit gültigen Gesetze“ vor jeder zusätzlichen Einwanderung schützten.

Hinter den Kulissen stritten sich die Vertreter der 3 Großmächte USA, Großbritannien und Frankreich über die Rolle, die der Hohe Kommissar des Völkerbundes in der künftigen Flüchtlingspolitik neben dem zu gründenden Intergovernmental Committee einnehmen sollte. Frankreich und Großbritannien erhofften sich, mit seiner Hilfe die internationale Flüchtlingspolitik steuern zu können. Die Divergenzen wurden beigelegt, nachdem auch die Vertreter der beiden europäischen Länder neben Amerika leitende Positionen in der neuen Organisation zugesichert bekommen hatten.

Bei der Konferenzleitung waren 71 meist jüdische Organisationen angemeldet, die in der Flüchtlingshilfe tätig waren. Einige von ihnen konnten vor einem Unterkomitee kurze mündliche Stellungnahmen abgeben. Die übrigen mussten ihre Stellungnahmen schriftlich übergeben. Die Repräsentanten drängten vor allem auf eine Erleichterung der Einwanderung jüdischer Flüchtlinge, darauf, den Druck auf das Deutsche Reich zu erhöhen, den Auswanderern die Mitnahme wenigstens eines Teils ihres Vermögens zu gestatten, die Flüchtlingskonvention des Völkerbunds vom Februar 1938 zu ratifizieren sowie das Problem fehlender Ausweispapiere staatenloser Flüchtlinge zu lösen. Zionistische Organisationen forderten von Großbritannien, mehr Einwanderung nach Palästina zuzulassen. Andere setzten ihre Hoffnung auf die Kultivierung unbewohnter Territorien in Übersee.

Auf der Konferenz drückten zwar die Vertreter aller Staaten ihr Mitgefühl mit den Flüchtlingen aus, aber keiner erklärte sich zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge bereit. Auch in der Schlussresolution wurde bekräftigt, dass kein Staat verpflichtet sei, finanzielle Mittel bereitzustellen oder den „gegenwärtigen

Rahmen der Gesetze und der Einwanderungspraxis“ zu verändern.

Die Konferenz machte sich schließlich mit der Begründung, dass das Problem nur durch ein langfristiges umfassendes Hilfsprogramm gelöst werden könne, selbst als zwischenstaatliches Komitee für Flüchtlinge zu einer ständigen Einrichtung.

In Nazideutschland wurde das Ergebnis der Konferenz als Bestätigung der NS-Judenpolitik aufgefasst und hämisch kommentiert.

Golda Meir, die spätere israelische Ministerpräsidentin, schilderte ihre Eindrücke so: *“Es war ein schreckliches Erlebnis, dort in dem prächtigen Saal zu sitzen und zuzusehen, wie die Delegierten von 32 Ländern sich nacheinander erhoben und erklärten, sie hätten gern eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen aufgenommen, seien jedoch dazu bedauerlicherweise nicht imstande. (...) Am liebsten wäre ich aufgesprungen und hätte geschrien: „Wisst ihr nicht, dass diese ‚Nummern und Zahlen‘ menschliche Wesen sind, Menschen, die vielleicht den Rest ihres Lebens in Konzentrationslagern verbringen oder in der Welt herumziehen müssen wie Leprakranke, wenn ihr sie nicht aufnehmt?“*

Und heute?

Seit Jahren versuchen jeden Monat tausende Menschen nach Europa zu flüchten. Sie fliehen vor Krieg und Bürgerkrieg, Gewalt, Hunger und unmenschlichen Lebensbedingungen. Unzählige von ihnen sterben auf der Flucht in der Wüste oder im Mittelmeer.

Und so wie vor 81 Jahren schaut ein Großteil der Staaten weg. Wie damals 1938 die Weltgemeinschaft und der Völkerbund bei der Rettung weitgehend versagten, stehen heute die Mitgliedsländer der Europäischen Union den Flüchtlingen nicht bei. Im Gegenteil: Europa sichert seine Außengrenzen mit Hilfe der seit ihrer Gründung ständig mit neuen Aufgaben und verbesserter finanzieller und technischer Ausstattung versehenen Agentur für die Grenz- und Küstenwache – Frontex – sowie durch dubiose Abkommen mit autoritär regierten Staaten wie der Türkei und verbündet sich beispielsweise mit Libyen, wo Flüchtlinge in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen, wo gefoltert, vergewaltigt und gemordet wird. Die Staaten, die als erste betroffen sind wie Italien und Malta, verweigern geretteten Flüchtlingen sogar noch das Anlegen an ihren Ufern. Privat finanzierte Rettungsmissionen werden kriminalisiert, die Schiffe beschlagnahmt, die Retterinnen und Retter festgenommen.

Wieder verschließt die Welt die Augen vor dem Elend und dem Massensterben von Menschen, die einfach nur überleben wollen. Wenn die Weltgemeinschaft schon nicht in der Lage ist, Kriege, Terror und Hungersnöte wie im Jemen, Syrien, dem Irak, Afghanistan, Somalia, Sudan und Südsudan zu beenden, dann sollte sie wenigstens sicherstellen, dass die aus diesen Ländern Flüchtenden einen sicheren Platz bekommen. Die meisten Flüchtlinge wollen ja wieder in ihr Land zurück, wenn sich die Situation dort verbessert hat. So wie die Juden in den 1930ern aus Angst geflohen sind und nicht, weil sie nicht mehr in ihrer Heimat leben wollten.

Dass so viele Staaten keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, hat heute wie damals auch rassistische Gründe. Viele wollen deshalb keine arabischen und afrikanischen Menschen, weil sie „nicht in die Gesellschaft passen“. Sie nehmen kriminelle Taten einzelner Flüchtlinge zum Anlass, alle unter Generalverdacht zu stellen. So verhindern sie die Rettung von unzähligen Menschen. Lieber nimmt man deren Tod in Kauf, anstatt sich darum zu bemühen, dass die eigene Bevölkerung ihnen offen gegenübertritt und sie bei der Integration unterstützt.

Dass die Regierungen den Hilfesuchenden die Tür vor der Nase zuschlagen, ist ein fatales und unmenschliches Zeichen an die eigenen Bürgerinnen und Bürger. So wundert es nicht, dass die Ablehnung der Flüchtlinge auch in Ländern groß ist, in denen es kaum welche gibt.

1938 wurde den Nazis auf der Konferenz von Évian signalisiert, dass es keine praktische Solidarität mit den verfolgten Juden gibt. Dass Flüchtlinge auch heute nicht darauf hoffen können, ist beschämend. Die Beschwörung der „gemeinsamen westlichen Werte“ entlarvt sich so als hohles Geschwätz.

Quellen:

- Geschlossene Grenzen, Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian 1938, Ausstellungskatalog 2018
- Von Evian nach Brüssel, Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Évian, W. Benz, C. Curio, H. Kauffmann (Hrsg.) Loeper Literatur Verlag, Karlsruhe 2008

Sie waren Nachbarn e.V. www.SieWarenNachbarn.de
Mit freundlicher Unterstützung von Pro Asyl
www.ProAsyl.de